Zürich

Auf der Flucht vor der Unterkunft

Oberengstringen Mobbing, schlechte hygienische Zustände und Auseinandersetzungen mit den Ämtern – Olga und Petro aus der Ukraine haben in der Schweiz keinen Frieden gefunden. Die Behörden sagen, sie hätten alles richtig gemacht.

David Sarasin (Text)
und **Urs Jaudas** (Fotos)

Olga vor dem Asylzentrum Lanzrain in Oberengstringen: Von aussen wie von innen präsentiert es sich wenig wohnlich.

«Ich kann meinem Vater in der Ukraine nicht erzählen, in welcher Situation meine Mutter und ich uns hier befinden», sagt Petro, der an der Hauptstrasse von Oberengstringen steht. Seine Mutter Olga steigt in den Bus nach Zürich, um beim Hilfswerk Incontro kostenlos zu Abend zu essen. Petro bleibt im Ort und kehrt in den Container zurück, wo er seine Schweizer Wohnadresse hat, auch wenn er dort derzeit nicht lebt.

Abends werden sie sich in einer Wohnung eines Zürcher Paars treffen. Sie kamen dort vorübergehend unter, nachdem sie Oberengstringen verlassen hatten – oder haben verlassen müssen, wie sie sagen würden.

Olga und Petro, 67 und 35 Jahre alt, sind letzten Frühling aus einer Ortschaft nahe Kiew in die Schweiz geflüchtet. Petro war länger in der Ukraine geblieben als seine Mutter. Weil er seit einem Autounfall in der Kindheit an den Folgen eines Schädel-Hirn-Traumas leidet, wurde er nicht eingezogen. Die Familie gehört zum Mittelstand: Sie ist pensionierte Primarlehrerin, er studierter Marketingfachmann. Der Vater, ein pensionierter Arzt, blieb freiwillig in der Ukraine. «Wir wollen ihm nicht zusätzliche Sorgen bereiten», sagt Petro. Darum möchten sie auch nicht mit Nachnamen genannt werden.

Fallen mit Rattengift

Ein Grund für den Wegzug aus Oberengstringen ist für sie das Asylzentrum Lanzrain, wo sie bis vor kurzem untergebracht waren. Fünf alte Wohncontainer stehen direkt an der viel befahrenen Zürcherstrasse. Im Hof hängt ein mit Klebeband umwickelter Boxsack. Auf dem Areal sind Fallen mit Rattengift verteilt. Über dem Maschendrahtzaun, der das Areal einzäunt, hängt ein WC-Deckel. Am Boden des Hausgangs, der zu Petros Zimmer führt, klebt Dreck, tote Insekten hängen in Spinnweben, lebende kriechen über den Fenstersims. Dies zeigt ein Augenschein vor Ort. Es handelt sich nicht um eine Momentaufnahme. Andere Bewohner haben in den letzten Wochen Bilder und Videos von den Zuständen im Lanzenrain gemacht.

Die Gemeinde betreibt die Siedlung selbst. 16 Personen leben derzeit in der Asylunterkunft, einige seit vielen Jahren. Für die Betreuung ist ein Team zuständig, das mit 70 Stellenprozenten dotiert ist. Es gibt vier Duschen, vier WCs und zwei beim Besuch verdreckte Kochplatten. Auf dem Boden vor den Duschen und dem WC breitet sich eine Lache aus.

Das Asylzentrum in Oberengstringen stand schon mehrmals in den Schlagzeilen. Zuletzt 2020, als die Verantwortlichen die Geflüchteten aufgrund einer Covid-Erkrankung im Heim einsperrten. 2015 war die Gemeinde im Gespräch, weil sie den Vertrag mit der Asylorganisation Zürich (AOZ) aufkündigte und fortan das Zentrum eigenhändig betrieb. Als Grund gab sie an, man sei mit dem Dienst der AOZ unzufrieden. Zum derzeitigen Zustand sagt Matthias Ebnöther, Geschäftsleiter der Gemeinde Oberengstringen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner selbst für die Hygiene verantwortlich seien. Zwei von ihnen würden fürs Putzen entlöhnt. «Die Unterkunft ist in einem guten Zustand. Wir können jeweils gute Optionen für die Geflüchteten bereitstellen.» Die Mäuse- und Rattenfallen seien präventiv installiert worden, weil in der Vergangenheit die Bewohnerinnen und Bewohner Essensreste nicht sachgemäss entsorgt hätten. «Die Fallen werden von einem dafür spezialisierten Unternehmen gewartet und kontrolliert», sagt Ebnöther.

Petro sagt, er habe sein Zimmer nach der Ankunft erst mal gründlich geschrubbt, die Fenster von Spinnweben befreit. Nur der Ameisen sei er noch nicht Herr geworden. Zudem habe er Mühe mit der «toxischen Luft» im Heim und habe vergangenes Jahr oft im Freien geschlafen.

Hanna Gerig von der NGO Solinetz ist spezialisiert auf die Unterbringungssituation von Geflüchteten. «Solche Zustände in Asylzentren sind in der Schweiz nicht ungewöhnlich», sagt sie. Für sie bräuchte es eine sorgfältigere Aufsicht von Gemeinden in Asylzentren. Sie gibt auch zu bedenken, dass sich längere provisorische Unterbringungen in Containern negativ auf die Psyche auswirken könnten – was nicht im Interesse der Gemeinden sein könne. Psychisch belastete Personen hätten grössere Mühe, langfristig von der Unterstützung loszukommen.

> **«Solche Zustände sind in Schweizer Asylzentren nicht ungewöhnlich.»**
>
> **Hanna Gerig**
> Solinetz

Petro setzte die Umgebung nicht nur psychisch, sondern auch körperlich zu. Das belegt ein Attest eines Arztes aus Oberengstringen vom September 2022, das dieser Zeitung vorliegt. Er bekam Ausschläge, konnte schlecht atmen und kaum noch schlafen. Die durch sein früheres Schädel-Hirn-Trauma verursachten Symptome verstärkten sich. Der Arzt schrieb im September an die verantwortliche Sozialarbeiterin: «Ich bitte Sie, den Umzug in eine geeignete Unterkunft zu forcieren (…) Ich hoffe, der Bericht hilft Ihnen, den Prozess zu beschleunigen.»

Die Gemeinde reagierte nicht. Wenn Petro nicht selbstständig ausgezogen wäre, würde er noch im Container wohnen. Zum Vorwurf, untätig geblieben zu sein, sagt Gemeindegeschäftsleiter Ebnöther: «Bei ärztlichen Attesten reagieren wir. Wir suchen jeweils fallbezogene Lösungen.» Zum konkreten Fall möchte er sich «zum Schutz der betroffenen Personen» nicht äussern. Auch nicht, als Petro und Olga die Gemeinde schriftlich von der Schweigepflicht entbinden.

Ebnöther sagt, die Lage sei zwar angespannt, doch man habe alle 62 vom Kanton zugewiesenen Flüchtlinge unterbringen können: «Bis im Dezember konnten wir den Personen in der Asylunterkunft ein Einzelzimmer zur Verfügung stellen, was angesichts der Situation im Asylwesen nicht selbstverständlich ist.» Ab Dezember habe man damit begonnen, die Zimmer in der Asylunterkunft mit zwei Personen zu belegen.

Gewalt angedroht

Petro und Olga lebten seit Mai 2022 in unterschiedlichen Einrichtungen in Oberengstringen. Petro in der genannten Containersiedlung, Olga in einer von der Gemeinde bereitgestellten Zweieinhalbzimmerwohnung mit vier anderen ukrainischen Flüchtlingen. Auch Olga bekam bald Probleme. In der Gemeindewohnung wurde sie nach eigenen Angaben täglich gemobbt. Es sei ihr Gewalt angedroht worden, erzählt sie, einmal sei sie sogar geschubst und körperlich bedrängt worden. Dies hat sie Polizei und Gemeinde gemeldet. In den Briefen, die dieser Zeitung vorliegen, zitiert sie ihre Mitbewohnerin: «Obwohl in der Ukraine Krieg herrscht, wärst du dort sicherer. Wir werden Krieg gegen dich führen, und kein Schweizer Gesetz wird dich schützen.» Zu den Spannungen sei es unter anderem gekommen, weil die Mitbewohnerin das Zimmer mit Olga habe teilen müssen, das sie lieber für sich allein gehabt hätte.

Einmal seien sie und Petro im Bus bedrängt worden und hätten die Polizei gerufen. Als die Polizisten sie in die Wohnung begleitet hätten, hätten sie Olga davon abgeraten, weiterhin dort zu übernachten. Die Kantonspolizei teilt auf Anfrage mit, dass sie zu einzelnen Einsätzen keine Auskunft gebe.

Anstellung nicht verlängert

Diesmal reagierten die Behörden und boten Olga einen Platz in einem Container an, zusammen mit Petro. Die Gemeinde legte Olga und Petro einen Brief vor, in dem sie mit Unterschrift bestätigen sollten, dass sie freiwillig in der Containersiedlung lebten. Sie unterschrieben nicht. «Es stimmt nicht, dass wir freiwillig hier leben, wir haben keine andere Möglichkeit», sagt Olga. Laut Ebnöther kommt ein solcher Brief immer dann zum Einsatz, wenn ein Mann und eine Frau zusammen ein Zimmer belegen wollen.

Daraufhin wurden sie innerhalb der Containersiedlung umplatziert. «Als Strafe», sagt Petro. Er habe in ein kleineres Zweierzimmer mit einem Mitbewohner wechseln müssen, sie sei zurück in die Gemeindewohnung geschickt worden, obwohl man vom Mobbing dort gewusst habe. Sie sagt: «Ich habe Angst, alleine in die Wohnung zu gehen.» Dass diese Angst nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt ein gemeinsamer Besuch vor Ort. Die Mitbewohnerin beginnt schon im Hausgang energisch auf Olga einzureden.

Ebnöther weist die Vorwürfe zurück: Die Gemeinde reagiere bei Konflikten in Unterkünften jeweils umgehend. Diese liessen sich grösstenteils im Gespräch mit allen Beteiligten lösen. Ebnöther nimmt keine Stellung dazu, warum er Olga zurück in die Gemeindewohnung schickte, obwohl er von den Konflikten dort wusste. Wiederum bezieht er sich auf den «Persönlichkeitsschutz».

Olga und Petro entschieden sich Mitte Januar, nicht mehr in Oberengstringen zu schlafen. Sie begannen, beim Hilfswerk Incontro im Kreis 4 ein und aus zu gehen, das ihnen dann die temporäre private Unterbringung organisieren konnte.

Dabei war die Ausgangslage für eine gelungene Integration einmal gut. Beide besuchen mehrmals pro Woche Deutschkurse. Olga arbeitete in einem kleinen Pensum im Kindergarten in Oberengstringen, wo sie als Übersetzerin für ukrainische Kinder gebraucht wurde. Die Gemeinde verlängerte ihre Anstellung nicht. Petro sucht ebenfalls eine Stelle. «Ich würde auch etwas Einfacheres machen», sagt er.

Doch noch wichtiger ist für sie im Moment, dass sie Oberengstringen verlassen können und in einer anderen Gemeinde im Kanton unterkommen.